

Strukturwandel und die Gesetze der Ökonomie : Neues und weniger Neues in der "New Economy"

Autor(en): **Hummler, Konrad**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **79 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166079>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Konrad Hummler

STRUKTURWANDEL UND DIE GESETZE DER ÖKONOMIE

Neues und weniger Neues in der «New Economy»

Je mehr man sich mit dem makroökonomischen Geschehen beschäftigt, desto weniger kommt man zum Schluss, man habe es mit einer «New Economy» und der Ausserkraftsetzung grundlegender ökonomischer Erkenntnisse zu tun. Vielmehr wird deutlich, dass die Realitäten sich bezüglich Arbeit, Produktivität und Kapazitäten in einem Ausmass verändert haben, dass man meinen könnte, die Gesetze der Ökonomie seien ausser Kraft gesetzt. Zwischen Meinen und Sein besteht aber ein Unterschied.

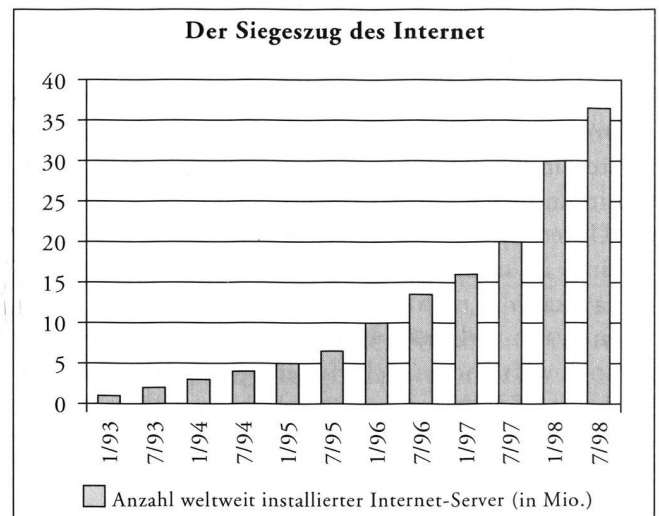
Wenn man sich die letzten zehn Jahre der Weltpolitik und der Weltwirtschaft vergegenwärtigt, dann stechen drei Haupttendenzen hervor: *Erstens* hat sich der zur Verfügung stehende *Boden* (als einer der klassischen Produktionsfaktoren der Volkswirtschaftslehre) vervielfacht. Dies nicht etwa, weil sich unser Globus auf wundersame Weise vergrössert hätte. Die Weltbevölkerung wächst nach wie vor mit einer atemberaubenden Rate von fast 2 Prozent im Jahr; es wird also nach wie vor enger auf unserer Erde. Dennoch nahm nach 1989 das der Wirtschaft zur Verfügung stehende Land schockartig zu: Der Zuwachs beim Produktionsfaktor Land resultiert aus dem Niedergang des Sowjetimperiums. Im Gegensatz zu den Nachkriegsjahren ist es heute möglich, mehr oder weniger gefahrenarm rund um den Globus seine Produktionsstätten aufzubauen. Die moderne Kommunikationstechnik trägt das ihrige dazu bei, dass geografische Verlagerungen nicht im führungsmässigen Abseits versanden.

Zweites Hauptmerkmal ist die immense Ausweitung des Produktionsfaktors *Arbeit*. Durch den Wegfall des Eisernen Vorhangs hat sich die global zur Verfügung stehende Arbeitskraft als solche etwa verdreifacht. Das allein wäre schon viel. Dazu kommt aber eine bisher unbekannte Steigerung der Produktivität durch den nunmehr bis in die letzten Weltecken verbreiteten PC und dessen Vernetzungsmöglichkeiten. Arbeit ist, alles in allem gesehen, kein limitierender Faktor mehr. Die das zwanzigste Jahrhundert wesentlich mitprägende Kartellisierung der Arbeit durch die Gewerkschaften entschärft sich zusehends.

Das *dritte* und letzte Hauptmerkmal besteht in der ebenso schlagartigen Vermehrung des Produktions-

faktors *Wissen* (oder Information) durch die Internet- bzw. durch die Kommunikationstechnologie ganz allgemein. Mit Blick auf die künftig interessierenden Güter und die dahinter stehende Wertschöpfung handelt es sich bei dieser Ausweitung um die wahrscheinlich wesentlichste wirtschaftliche Veränderung seit der Entdeckung der Dampfkraft. Damals wurde die reine Muskelkraft um diejenige von fossiler Energie multipliziert. Heute wird reine menschliche Hirnkapazität durch diejenige intelligenter Netzwerke ergänzt.

Bleibt der Produktionsfaktor *Kapital*. Was muss geschehen, wenn alle übrigen Produktionsfaktoren sich in schnellem Tempo ausweiten? Kann der Kapitalstock auf demselben Niveau bleiben? Wohl nicht – das Kapital und mithin die ihm zugrundeliegenden nationalen Geldmengen müssen sich, dürfen sich im



Quelle: Network Wizards (www.nw.com); eigene Darstellung.

gleichen Masse ausweiten. Die «Grosszügigkeit» der Notenbanken in den letzten Jahren ist mit anderen Worten durchaus konsistent mit der Vermehrung der übrigen Produktionsfaktoren. Inflationsdruck kann solange nicht entstehen, als ein neues Gleichgewicht noch nicht gefunden ist, als nicht in einem der realen Produktionsfaktoren Engpässe entstehen können.

Hier sei eine Prognose gewagt. Wir gehen davon aus, dass weder die globale Arbeitskraft bereits vollständig ausgeschöpft ist noch die Produktivitätssteigerungen mittels moderner Technologien vorüber sind, schon gar nicht der Wissensschub durch die Internet-Technologie. Die Kapazitäten werden laufend erweitert. Dies, und nicht die Abschaffung ökonomischer Gesetze aufgrund nebulösen Halbwissens, bekräftigt uns denn auch in unseren sehr moderaten Inflations- und Zinsprojektionen.

Tiefe Zinsen als Allerweltshilfsmittel?

Wir haben bis anhin nur sehr generell von *den* Produktionsfaktoren, *dem* Kapital, *der* Geldmenge usw. gesprochen, ohne einen Unterschied zu machen zwischen den einzelnen Wirtschaftsblöcken. Offensichtlich gibt es aber solche Unterschiede, sehr markante sogar. Während sich die USA (etwas mehr als einen Drittel des Weltbruttosozialprodukts repräsentierend) eines nachhaltigen, moderaten, beinahe inflationsfreien Wachstums erfreuen, steckt Japan, früher der weltwirtschaftliche Spitzenreiter, nun schon seit sechs Jahren in einer anhaltenden Wirtschaftskrise. Dies bei rekordtiefen Zinsen und nach Lancierung von nunmehr acht Stimulierungspaketen seit 1992 (in der Höhe von gesamthaft etwa 800 Milliarden Franken!). Für Europa werden die Wachstumsprognosen auf etwa 1 1/2 bis 2 Prozent (real) für 1999 reduziert. Verschiedene Branchen (wie etwa der Bau in Deutschland) leiden förmlich, in anderen werden die Wachstumsaussichten deutlich tiefer angesetzt. Namentlich die für Europa so wichtigen Exportchancen sind nach der Fernost-Krise stark gesunken. Auch in Europa herrscht ein historisch tiefes Zinsniveau mit etwa 3 bis 4 Prozent im neugeschaffenen Euro.

Drei Wirtschaftsblöcke – von tiefschwarzen Aussichten in Japan über halbgraue in Europa bis zu weiterhin und nachhaltig rosigen in den USA – wie sind die Unterschiede zu erklären?

Eines ist offenkundig: Allein am jeweiligen Zinsniveau kann es nicht liegen, ob einer Volkswirtschaft Momentum verliehen wird oder nicht. Dann müsste Japan ja weit obenaufschwingen, gefolgt von Europa. Und die USA hätten wegen relativ zu hohen Zinsen ein Wachstumsproblem. Das Gegenteil ist aber der Fall: Tiefe Zinsen sind u.a. auf eine tiefe Nachfrage nach Geld zurückzuführen. Unseres Erachtens weist deshalb das eher wieder etwas gestiegene Zinsniveau

im US-Dollar sogar auf eine Verstärkung des amerikanischen Wachstums hin. – Nun, das Misslingen einer lediglich auf Zinsen basierenden Erklärung für den völlig unterschiedlichen Verlauf der Wachstumsraten liegt in einem ziemlich trivialen, aber um so häufigeren Denkfehler, nämlich in der mangelnden Unterscheidung zwischen «notwendig» und «hinreichend». Ihm ist die japanische Regierung, ist der deutsche Finanzminister *Lafontaine* zum Opfer gefallen.

Es mag durchaus sein, dass tiefe Zinsen eine *notwendige* Bedingung sind, dass sich eine darniederliegende Wirtschaft unter den derzeitigen Rahmenbedingungen zu einigermaßen akzeptablem Wachstum

Sinkende oder tiefe Zinsen

und der Wille zu Strukturreformen:

Diese Paarung erst ist die notwendige

und hinreichende Medizin für eine

Volkswirtschaft.

aufzupumpeln kann. *Hinreichend* sind tiefe Zinsen aber nicht. Die oben dargestellten schockartigen Veränderungen bei den Produktionsfaktoren Land, Arbeit und Wissen widerspiegeln sich ja in enormen strukturellen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, denen man sich entweder einigermaßen stellen oder denen man sich auch verweigern kann. Wenn wir die Entwicklung in den USA während der letzten fünf, sechs Jahre in bezug auf die Bereitschaft zu strukturellen Reformen analysieren, dann resultiert eine weitgehend positive Beurteilung. Sowohl der Arbeitsmarkt wie vor allem der Informationsmarkt weisen gegenüber Europa ganz andere Flexibilität auf, nicht zu sprechen von Japan. Sinkende oder tiefe Zinsen *und* der Wille zu Strukturreformen: Diese Paarung erst ist die notwendige *und* hinreichende Medizin für eine Volkswirtschaft. Sie fehlt ganz sicher in Japan, möglicherweise (und was im Folgenden noch etwas näher untersucht wird) auch in Europa.

Die mangelnde intellektuelle Leistung in der Verwechslung von notwendigen und hinreichenden Bedingungen führt an ziemlich gefährliche ökonomische und politische Abgründe. Beflügelt durch den beschriebenen geldpolitischen Handlungsspielraum, der sich aus den schockartigen Verschiebungen bei den Produktionsfaktoren ergeben hat, wird einerseits in hoher Sorglosigkeit nach immer neuen monetären Stimuli verlangt und andererseits auf die Erledigung der strukturellen Hausaufgaben verzichtet. Neoklassizismus, gepaart mit eklatantem Strukturkonser-

vativismus: Das ist hinreichend, dass weder Japan noch Europa zu einem gesunden Wachstum zurückfinden.

Staatsquote als Entwicklungsbremse

Was macht denn die Stärke des amerikanischen Wachstums aus, und was fehlt uns so nachhaltig? Zunächst fällt einmal die Abwesenheit einer breiten Palette von kleineren und mittleren Firmen an den Finanzmärkten auf. Es gibt in Europa keine mit der

*Neokeynesianismus, gepaart mit
eklatantem Strukturkonservatismus:
Das ist hinreichend, dass weder
Japan noch Europa zu einem gesunden
Wachstum zurückfinden.*

Nasdaq zu vergleichende Börse. Ein Übernahmeka-russell, wie es sich in den USA in völliger Selbstverständlichkeit dauernd dreht und das ständig junge, innovative Firmen konsumiert, ist auf unserem Kontinent weitgehend inexistent. Dass hierzulande denn auch die Biotechnologie untervertreten ist und ein Silicon Valley weitgehend fehlt, ja, dass ganz einfach zu wenig neue Firmen entstehen, ist die logische Konsequenz dieser wenig optimalen, weitgehend gewerblichen Wirtschaftsstruktur.

Kommt dazu, dass wenig getan wird, um die strukturellen Fesseln zu sprengen und den Unternehmungen den nötigen Raum zur freien profitablen Entwicklung zu verschaffen. Dies sei an einigen Beispielen aus der Schweiz erläutert. Wie *F. A. von Hayek* in seinem Buch «The Road to Serfdom» gezeigt hatte, erfolgt der Würgegriff gegen eine freie Wirtschaft nicht mit einem lautstarken Frontalangriff am helllichten Tag, sondern heimlich, oft rücklings durch Mittäter aus der eigenen Koalition, und unglücklicherweise meist in derart kleinen Raten, dass sich das Wehren fast nicht zu lohnen scheint. In der Schweiz stieg der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt, gemessen an den Gesamtausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden, in den letzten 8 Jahren von 33 Prozent auf 41 Prozent. Der Löwenanteil des Zuwachses entfällt auf das Sozialwesen im weitesten Sinne. Ein kleinerer oder mittlerer Unternehmer kommt heute, die direkten Unternehmenssteuern und Steuern auf seinem Erwerbseinkommen zusammengerechnet, auf einen Steuersatz von etwa 40 bis 50 Prozent. Das erscheint zwar im europäischen Kontext noch einigermaßen moderat, mit den USA ist es aber nicht vergleichbar. (Zur Erinnerung: Die

amerikanische Staatsquote liegt bei etwa 30 Prozent; entsprechend tiefer ist die steuerliche Belastung.) Und nun wurde, wird, auf Samtpfoten die fiskalische Belastung weiter erhöht, indem man an der Mehrwertsteuer schraubt (1999: +1 Prozent), eine obligatorische Mutterschaftsversicherung einführt, den für kleine und mittlere Unternehmungen existentiell wichtigen Schwerverkehr mit einer Abgabe belastet – dies alles, ohne die direkte Unternehmensbesteuerung zu reduzieren.

«The Road to Serfdom» ist mit Watte gepflastert: Auch Unterlassungen, von den meisten nicht einmal richtig bemerkt, stehen am Strassenrand. Wenn z. B. der schweizerische Bundesrat beabsichtigt, bezüglich der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes ein deutlich langsames Tempo einzuschlagen als das umliegende Europa, dann weiss man eines: Es wird vorab die kleinen und mittleren Unternehmungen sowie die Haushalte treffen, die noch während Jahren zu teuren Strom beziehen müssen. Übertarife von Monopolunternehmungen sind im Grunde genommen den Steuern zuzurechnen. Oder wenn dieselbe Schweizer Regierung, um etatistische Vorteile krampfhaft bemüht, die Mediengesetzgebung dermassen zögerlich öffnet, dass sich beim besten Willen keine eigenständige, liberale Medienwirtschaft etablieren kann, dann hat man seine Zweifel, ob in diesem Land die Zeichen der Zeit wirklich erkannt worden sind. Keine Wirtschaftssparte wird für die künftige Prosperität einer Volkswirtschaft entscheidender sein als die Informations- und Kommunikationsbranche. Strukturkonservatismus, wie er seit Jahren betrieben wird, ist das sichere Rezept dafür, dass sich die Schweiz aus diesem Wirtschaftszweig abmelden muss. Und das bei einer geradezu einmaligen Ausgangslage als vielsprachiges Land im Herzen eines Kontinents, der informations- und kommunikationsmässig noch weitgehend unterentwickelt ist!

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass zuviel an makroökonomischen Aggregaten herumstudiert und zuwenig an die mikroökonomischen

*Übertarife von Monopolunternehmungen
sind im Grunde genommen
den Steuern zuzurechnen.*

strukturellen Bedingungen der einzelnen Unternehmungen und Branchen gedacht wird. Das Beispiel der Schweiz zeigt es deutlich: Tiefe Zinsen hin oder her – in dem beschriebenen, problematischen strukturellen Umfeld sind die einen Aufschwung notwendigerweise ausmachenden kleineren und mittleren Unternehmungen ganz einfach zu wenig profitabel.

Es ist deshalb auch nicht korrekt, die Schuld an der eher tiefen Kreditvergabe (*credit crunch*) einfach den Banken zuzuschreiben. Gewiss, auf Seiten der grossen Kreditinstitute werden derzeit viele Fehler gemacht, namentlich im menschlichen Bereich. Aber auf die Dauer und im Durchschnitt gesehen wird eine Kreditvergabe immer tief bleiben, wenn die zu finanzierenden Projekte zu wenig profitabel sind. Und das trifft für den Bereich der kleineren und mittleren Unternehmungen der Schweiz, heutzutage einer globalen Konkurrenz ausgesetzt, wohl sehr weitgehend zu. Die jahrelang betriebene fiskalfreundliche (bürgerliche!) Politik rächt sich nun eben – durch die Hintertüre sozusagen, aber dafür um so nachhaltiger.

Angst vor Strukturwandel

Auch die Europäische Union krankt an speziell mangelnder Bereitschaft zu wirklichem Strukturwandel

*Die jahrelang betriebene
fiskalfreundliche (bürgerliche!)
Politik rächt sich nun eben.*

im Arbeitsmarkt. An sich wird mit der durch die Einführung der Einheitswährung geschaffenen Vergleichbarkeit der Löhne der Druck zur Deregulierung und De-Kartellisierung (sprich: Entmachtung der Gewerkschaften) der nationalen Arbeitsmärkte voraussichtlich immens werden. Bei der derzeitigen Zusammensetzung der Regierungen der Mitgliedländer ist aber nur schwer vorstellbar, dass in diesem absolut entscheidenden strukturellen Bereich Liberalisierungsfortschritte gemacht werden. Der erste Stolperstein für die Währungsunion ist jedenfalls vorprogrammiert. Ohne Arbeitsmarktreform kein Aufschwung *à l'américaine*.

Mit *New Economy* hat das alles überhaupt nichts zu tun. Vielmehr zeigt sich deutlich, dass die Rahmenbedingungen nach wie vor einen entscheidenden Faktor für das Wohlergehen oder den Misserfolg der Wirtschaft und der einzelnen Unternehmungen darstellen. Eines jedoch ist neu: Bei einem allgemein weltweit sehr tiefen Nominalzinsniveau fallen strukturelle Vor- und Nachteile viel stärker ins Gewicht als in inflationären Zeiten. Weshalb? Weil die langfristigen Aussichten für erfolgreiches Wirtschaften bei tiefen Zinsen bei weitem mehr wert sind als bei hohen Zinsen. Wenn wir deshalb heute so enorme Unterschiede zwischen den Wirtschaftsblöcken USA, Europa und Japan beobachten, und wenn alle paar Monate eine Gruppe von Schwellenländern ins

währungspolitische Abseits gleitet, dann ist das unter den beschriebenen Gesichtspunkten nicht unerklärbar oder irgendwie *new*, sondern ganz schön traditionell-volkswirtschaftlich: Strukturen haben ihren Wert, einen höheren oder einen tieferen, und im Zeitvergleich einen positiven oder einen negativen. Bei global tiefen Nominalzinsen fallen die Wertunterschiede einfach höher als gewohnt aus – sie werden entscheidend.

Kurzsichtige Kritik an den USA

Im Rahmen der Strukturdiskussion wird oft ins Feld geführt, auch die USA hätten ihr hausgemachtes Problem, nämlich eine bei weitem zu tiefe Sparquote der Haushalte. Die Amerikaner lebten wieder einmal «über ihre Verhältnisse», sie konsumierten auf Kosten des sie finanzierenden Auslandes. Die negative Leistungsbilanz müsse zwingend zu weiteren Abwertungen des US-Dollars führen. Zudem sei die amerikanische Wirtschaft in hohem Masse abhängig von der jeweiligen Stimmung an den Aktienmärkten. Die Ersparnisse der Haushalte sind ja zu einem hohen Teil in Aktien angelegt (es handelt sich dabei um etwa 50 Prozent aller Ersparnisse), so dass jegliche Kurseintrübung zu panischem Konsumverzicht führen müsse. Daraus ergebe sich zwingend eine rezessive Abwärtsspirale.

Der Einwand des übermässigen Konsums der amerikanischen Haushalte hält einer genaueren Überprüfung nicht stand. Er verkennt den gewaltigen Strukturwandel, den die amerikanische Volkswirtschaft durch die Einführung der Internet-Technologie erfahren hat und weiter erfährt. Die schockartige Erweiterung des Produktionsfaktors «Wissen» findet eben nicht im klassischen Unternehmenssektor statt, sondern vielmehr völlig fragmentiert verteilt in jedem einzelnen amerikanischen Haushalt. Mit Internet werden die Haushalte quasi zu kleinen Unternehmungen. Sie verfügen, jeder einzelne, über ihren eigenen Internet-Host und vernetzen sich haushaltsintern sozusagen zwischen Eltern- und Kinderschlafzimmer. Belanglose und vorübergehende Moderscheinung? Glauben wir nicht. Es spricht wenig dafür, dass der Produktionsfaktor «Wissen» so bald wieder örtlich und sachlich in «richtigen» Unternehmungen konzentriert werden müsste. Internet hat immense zentrifugale Kräfte ausgelöst.

Haushalte als Unternehmungen

Das Bruttosozialprodukt wird so errechnet, dass die Wertschöpfung der Unternehmungen und die Kosten des Staatsapparats zusammengezählt werden und den privaten Haushalten die Rolle des Konsumierens und des Sparens zukommt. Haushalts- und Kinder-

erziehungsarbeit von Ehepartnern sind nach dieser Buchhaltung wertschöpfungsfrei (glücklicherweise, möchte man sagen, sonst käme noch jemand auf die Idee, darauf Mehrwertsteuern zu erheben...). Wenn nun aber der immer wichtiger werdende Produktionsfaktor «Wissen» in der Privatsphäre des Haushalts bewirtschaftet wird, dann gerät die traditionelle volkswirtschaftliche Rechnung ins Wanken.

Sparen hat unseres Erachtens zwei Seiten: Einerseits ist da der Vorsorgeaspekt im Sinne des zeitlich aufgeschobenen Konsums. Was man heute am Mund abspart, kann man morgen und übermorgen aufbrauchen. Sparen hat andererseits aber auch mit Angst vor der Zukunft zu tun. Das «Sparen in der Zeit», um dann «in der Not» zu haben, impliziert die Angst vor einer künftigen Not. Wenn die genannten Volkswirtschaften unter einer Nachfrageschwäche leiden, so steckt im Verhalten der betroffenen Individuen in unseren Augen ziemlich viel Vorwegnahme solch künftiger Not. Und man überlege sich darüber hinaus einmal, zu was für traurigen Anlagen die armen Japaner und Europäer für ihre Ersparnisse gezwungen sind: Die einen müssen fast zwangsläufig Kunden der bekanntermassen maroden japanischen Banken sein, die andern sind in staatlich regulierten Pensionssystemen gefangen, die ihrerseits zumeist schlecht rentieren, deren Zahlungsbereitschaft für die Zukunft nicht garantiert werden kann. Sind in diesem Lichte die 50 Prozent Aktien in den Ersparnissen der amerikanischen Haushalte tatsächlich so negativ zu beurteilen?

Es gibt auch Konstanten

Auf unserem geistigen Gang durch die Produktionsfaktoren, wie sie die klassische Volkswirtschaftslehre unterscheidet, sind wir nun also beim Kapital und

seiner Allokation angelangt. Wir haben weiter oben festgestellt, dass angesichts der schockartigen Ausweitungen bei den realwirtschaftlichen Faktoren Land, Arbeit und Wissen der durch die Grosszügigkeit der Notenbanken herbeigeführte Zinsrückgang kaum zu inflationärem Druck geführt hat, und wir haben auch die Prognose gewagt, dass dem bis auf weiteres so sein wird, weil die realwirtschaftlichen Verschiebungen noch nicht vorbei sind.

Bei weitgehend konstant zu veranschlagendem künftigen Preisniveau, einem mithin konstant bleibenden Geldwert, kommt der Effizienz der Verteilung des Kapitals insofern besonders hohe Bedeutung zu, als keine störenden Zusatzfaktoren (wie etwa die Geldentwertung) die Renditeerwartungen für eine Investition verfälschen.

Verfälschungsfreie Bewertungen in einer sich bei allen Produktionsfaktoren drastisch verändernden Wirtschaft: Was wundert's, dass die Volatilitäten an den Märkten so hoch sind, dass also zwischen sehr positiver und sehr negativer Interpretation hin- und hergeschwankt wird? Wir müssen damit leben lernen. Bei allen Gefahren, die an den verschiedensten Ecken der Welt und ihrer Wirtschaft lauern: So richtig schwarz mögen wir ob des Aufbruchs zu immer neuen Horizonten nicht sehen. Im Gegenteil: Wo Produktionsfaktoren sich dermassen stark verändern, wird auch Mehrwert geschaffen. Und wo Mehrwert entsteht, gibt es auch positive Renditen. ♦

KONRAD HUMMLER, geboren 1953, studierte an der Universität Zürich Jurisprudenz und in Rochester (N.Y.) Ökonomie. Er ist seit 1991 Teilhaber von Wegelin & Co., Privatbankiers, St. Gallen. Autor verschiedener polit-ökonomischer Studien, zuletzt: *Megafusionen im Lichte finanztheoretischer Überlegungen*, in: Siegwart/Neugebauer, *Mega-Fusionen*, Paul Haupt Verlag, Bern 1998.

Autarkie ist dem Kleinstaat fremd. Aber sie ist in der globalisierten Wirtschaft überhaupt allen Staaten genommen. Sie ist kein Kennzeichen der Staatlichkeit mehr. Wesentlich ist aber, dass der Kleinstaat Aktivität und Findigkeit aufbringt, inmitten bedrohlicher Lagen Verunsicherungen auszuhalten, in Kargheit zu überleben und sich neuen Normalitäten entgegenzuführen.

Im Kleinstaat wird deutlich sichtbar: Staatliche Selbstsicherheit und Überwindung von Verunsicherungen sind ständige Aufgabe unter wechselnden Bedingungen. Die Verpflichtung, bei klaren Zielsetzungen und mit dem Willen der Staatserhaltung sich der Aufgabe zu stellen, trifft jedermann, der sich diesem Staate zugehörig weiss.

Kurt Eichenberger, Selbstsicherheit des Staates, in: Das Resultat in Raum und Zeit, Festschrift für Martin Lendi, Schulthess Verlag, Zürich 1998, S. 80 f.